

DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER
TÜNCHER U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 25. FEBRUAR 1933

ERSCHEINT SONNABENDS · BEZUGSPREIS VIERTELJ. 3 RM., UNTER KREUZBAND 4 RM.

POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 116 78, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES

SCHRIFTFLEITUNG: PETER MEHRENS · VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 36, ALSTER-TERRASSE 10 · FERNRUF 44 2886 · REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

Schicksalsstunde der Arbeiterbewegung

Der Monat März hat in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen guten Klang. Niemals war dieser Monat aber von einer solch großen Bedeutung wie in diesem Jahre. Die bevorstehenden Wahlen am 5. und 12. März sind die bedeutungsvollsten, die je stattgefunden haben. Sie entscheiden über das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht eindeutig genug kann dies jedem Kollegen zum Bewußtsein gebracht werden.

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte ist bereits einige Wochen im Amt. Entscheidende Maßnahmen sind nur auf dem Gebiete der Personalpolitik erfolgt. Ueberall, wo Personen links von der Deutschen Volkspartei politische Gewalt auszuüben in der Lage waren, sind sie entfernt worden. Die hinter der gegenwärtigen Regierungskoalition stehenden Parteien versprochen, dem Parteibuchbeamten in Deutschland ein Ende zu bereiten. Was wir jetzt erleben, ist Parteibuchbeamtenpolitik schlimmster Art. Das Gesamtergebnis der Aera Brüning und des bisherigen Wirkens des Herrn Göring auf diesem Gebiet ist folgendes: Von 11 Oberpräsidenten sind noch 4 übriggeblieben, von den 33 Regierungspräsidenten ist so ziemlich die Hälfte beseitigt, von 35 Polizeipräsidenten mehr als zwei Drittel; daneben steht eine Reihe von Vizepräsidenten, Polizeioffizieren und Landräten, deren Zahl im Augenblick gar nicht genau feststellbar ist. Sonst hat sich die Regierung nur durch Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte der Bevölkerung gegenüber in Erinnerung gebracht. Die Verteuerung der mit höheren Zöllen belegten Produkte war die unmittelbare Folge. Von durchgreifenden Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit war nichts zu hören. Der jetzige Reichskanzler Adolf Hitler richtete seinerzeit einen offenen Brief an Brüning, worin folgende Stellen vorkamen:

„Wo ist die wirtschaftliche Sanierung oder Ankurbelung der Wirtschaft?

Wo blieb die dadurch herabgeminderte Zahl der Arbeitslosen?

Wo sind die Erfolge bei der Rettung der Landwirtschaft?

Und wann endlich, Herr Reichskanzler Brüning, hat der damals versprochene Steuerabbau begonnen?“

Es dürfte recht bald die Zeit kommen, wo ähnliche Fragen an die Hitler-Regierung gerichtet werden müssen.

In den Kundgebungen des Reichskanzlers war die Ankündigung enthalten, daß der Marxismus in Deutschland in 10 Jahren vollständig ausgerottet sei. Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine erfolgreiche Geschichte von 70 Jahren hinter sich. Sie hat die deutsche Arbeiterklasse auf eine kulturelle Stufe gehoben, durch die der Aufschwung der deutschen Wirtschaft erst möglich war. Ohne die organisatorische Schulung der Arbeiterschaft hätte die deutsche Wirtschaft niemals derartige Erfolge erringen können. Die Ergebnisse

einer jahrzehntelangen Erziehungsarbeit in wenigen Jahren beseitigen zu können, wird selbst dem

schlimmsten Terror nicht gelingen.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist aufgebaut auf die in jedem großkapitalistischen Staat bestehenden Klassengegensätze. Diese lassen sich durch keine Diktatur irgendwelcher Art beseitigen. Niemals wird sich die deutsche Arbeiterbewegung so niederdrücken lassen wie in Italien. Ihr Schwergewicht beruht auf der Intelligenz und der organisatorischen Schulung der Arbeiterklasse in Deutschland. Sie beruht ferner auf der Stellung der Hand- und Kopfarbeiter in Staat und Wirtschaft. Am 5. März wird sich zeigen, ob sich die deutsche Arbeiterklasse auf legalem Wege von einer volksfremden Idee überrennen läßt.

Was die deutsche Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen in sozialpolitischer Beziehung geleistet hat, erregte die Bewunderung des Auslandes. Die Tätigkeit des internationalen Arbeitsamts konnte sich nur deshalb so erfolgreich auswirken, weil in der deutschen Sozialgesetzgebung ein durchgebildetes System zum Schutze der Hand- und Kopfarbeiter vorhanden war. Die Kundgebungen der neuen Reichsregierung nehmen hierauf mit keinem Worte Bezug, sondern lassen deutlich erkennen, daß man mit der

Ausrottung des Marxismus

auch die sozialpolitischen Erfolge be-

seitigen will. In der Reichsregierung sitzen die geborenen Feinde jedes sozialpolitischen Fortschritts. Die Worte vom Abbau des Wohlfahrtsstaates, die Mitglieder der Reichsregierung bei früheren Gelegenheiten öffentlich proklamierten, dürften noch nicht vergessen sein. Aus all diesen Gründen wird die Reichstagswahl zum Entscheidungstag über die Zukunft der deutschen Sozialpolitik. Unterliegt die deutsche Arbeiterbewegung, dann wird auch die internationale Sozialpolitik einen schweren Schaden erleiden.

Was politisch auf dem Spiele steht, dürfte jedem in den letzten Wochen klageworden sein. Deutschland hat das freieste Wahlrecht der Welt. Alle Staatsbürger über 20 Jahre, männlichen oder weiblichen Geschlechts, sind in der Lage, die Politik des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu bestimmen. Die Nationalsozialisten haben aus ihrer parlamentarischen Gegnerschaft niemals ein Hehl gemacht. Die in der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ zusammengeschlossene Gruppe Hugenberg-Papen-Seldte hat auf ihrer letzten Kundgebung im Berliner Sportpalast ebenfalls darauf hingewiesen, daß mit den Wahlen nun

endgültig Schluß gemacht

werden müsse. Der Reichswirtschaftsminister Hugenberg hat sich gebrüstet, daß er trotz seiner 13jährigen Zugehörigkeit zu deutschen Parlamenten kein Parlamentarier geworden sei. Die

Maßnahmen der Reichsregierung bezüglich der sogenannten Bereinigung der Ämter von mißliebigen Elementen, die getroffenen und angekündigten Maßnahmen auf dem Gebiete der Schulen und des Rundfunks, die Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit und viele andere Anzeichen deuten darauf hin, daß die politische Freiheit des deutschen Staatsbürgers auf jedem Gebiete eingeschränkt werden soll. Das deutsche Volk soll wieder zum Objekt der Politik gemacht werden. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wird beseitigt.

Der 5. März 1933 ist der Schicksalstag des deutschen Volkes. Versäumt an diesem Tage die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land ihre Pflicht, dann werden Jahrzehnte notwendig sein, um das Verlorene wiederzugewinnen. Das Gebot der Stunde ist die übermenschliche Anstrengung zur Abwehr des Anschlages gegen die persönliche und politische Freiheit jedes einzelnen. Es ist der Kampf um die Erhaltung der deutschen Sozialpolitik und um den Schutz der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Kampf auf Tod und Leben. Siegen die jetzigen Machthaber, dann wird es Nacht in Deutschland, und von Freiheit irgendwelcher Art kann keine Rede mehr sein.

Wer von den Frauen und Männern des arbeitenden Volkes am 5. und 12. März nicht für die Liste 2 stimmt, ist mitschuldig an den ungeheuren Folgen, die sich aus der Wahl ergeben.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet Ihr an die Wahlen gerufen.

Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Geist seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrschaft, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl Euren Gegnern innerhalb und außerhalb der Regierung Euren festen Willen entgegen gestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volksrecht gegen jegliches Diktaturgelüst verteidigt. Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben Euren Freiheitswillen nicht gebrochen.

Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit die soziale Reaktion im Sattel sitzt. Denn heute ist Euer rechtmäßiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und Eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wißt, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, Ihr habt nicht vergessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweißbroten Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was Ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918, wurde die Schmach des Dreiklassen-Wahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurden die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit niedergerissen. Erst damals wurde das Sklavenrecht der Landarbeiter, die Gesindeordnungen, beseitigt. Erst seit jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Bollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern Eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle Eures rechtschöpferischen Willens setzen wollen.

So unabsehbar die wirtschaftliche Not ist, Ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt Euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde.

Ihr wißt, in welcher Front Ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem Ihr Eure Stimme zu geben habt. Eure Entscheidung wird fallen

für Volksherrschaft gegen Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Die Bundesvorstände

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

Betrachtungen zur Auto-Ausstellung

Erst wenige Jahre ist es her, daß die deutsche Autoindustrie ausländischen Autofirmen die Teilnahme an einer allgemeinen Autoausstellung verweigert und nur deutsche Fabrikate zugelassen wurden. Damals hatte man eine finanzstarke und technisch gut entwickelte Konkurrenz zu fürchten. Inzwischen hat sich das Bild wesentlich verändert. Die Autoausstellung vom 11. bis 23. Februar in Berlin ist schon die dritte „Internationale Autoschau“, und von Mal zu Mal ist der Eindruck verstärkt worden, daß die deutsche Autoindustrie der des Auslandes nicht nur ebenbürtig, sondern in mancherlei Hinsicht durchaus überlegen ist. Der deutsche Automarkt ist von der heimischen Autoindustrie fast restlos zurückerobert worden. Die Teilnahme des Auslandes beschränkte sich daher, wenn man davon absieht, daß Ford und Citroen in Deutschland eigene Fabriken unterhalten, auf einige Fabrikate der General-Motor-Corp., Fiat, Renault, Austro-Daimler und Lincoln, einem amerikanischen Zweigunternehmen Fords.

Die deutsche Autoindustrie ist dieses Erfolges noch nicht recht froh geworden. Sie verdrängte wohl die Auslandskonkurrenz, ohne aber den heimischen Markt erschließen zu können. Die Ursachen liegen aber nicht bei der Autoindustrie, sondern vornehmlich in den

trostlosen Wirtschaftsverhältnissen,

zum andern aber auch in der durch Steuern und Gesetze erzwungenen Einengung des Kraftwagenverkehrs. 1928 betrug die Gesamtzeugung der Kraftfahrzeugindustrie noch 1089 Millionen Mark. 1932 war der Gesamtwert auf kaum 300 Millionen Mark zusammengeschrumpft. 1928 wurden 101 701 Personenwagen hergestellt, 1932 nur noch 39 000, wovon 36 523 verkauft werden konnten. 86 % aber waren Kleinwagen. Damit ist die Tendenz der gegenwärtigen Entwicklung der Autoindustrie gekennzeichnet.

So stand denn auch die letzte Autoschau ganz in diesem Zeichen, wobei der „Kleinwagen“ noch eine besondere Rolle spielte. Der Käufer verlangt nach einem billigen Wagen, der auch im Gebrauch nicht durch hohe Steuern unwirtschaftlich gemacht wird. Das Streben nach dem steuer- und führerscheinfreien Wagen ist um so größer, als die Belastung durch stark übersetzte, steuerlich scharf erfaßte Treibstoffpreise ohnehin schon groß ist. Nach dem Reichsverband der Autoindustrie errechnet sich der Benzinpreis je Liter wie folgt:

	Benzin	Inländisch	ausländisch
Erzeuger	22,5	8,5	8,5
Steuer bzw. Zoll . . .	3,0	17,0	17,0
Sprittbrenner	3,0	3,0	3,0
Transport	4,0	4,0	4,0
Tankstelle	6,0	6,0	6,0
	38,5	38,5	38,5

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Gegen ihre verkehrshindernden Wirkungen kämpft die Autoindustrie mit

technischen Verbesserungen und Preisverbilligungen.

Aber sie kämpft einen Kampf aller gegen alle. Das Ergebnis ist, daß wir heute das fortschrittlichste Land im Autobau sind, obwohl der Absatz stark zurückging. Alle Hoffnung setzt man nun auf den Kleinwagen, er soll die Rettung bringen. Dabei betrug aber 1932 der Absatz der Kleinwagen (bis 1,2 Liter Hubraum) pro Fabrik nur 9 Wagen arbeitstäglich. Bei den Kleinwagen (1,2 bis 2,2 Liter Hubraum) wurden pro Fabrik nur 6 Wagen arbeitstäglich abgesetzt. Diese Menge könnte von einem größeren Betrieb allein hergestellt werden. Das gesamte Wirtschaftsleben muß also schon einen außerordentlichen Auftrieb bekommen, wenn sich die Hoffnungen der Autoindustrie auch nur annähernd erfüllen sollen.

Und die Preise?

Einen steuer- und führerscheinfreien, offenen, dreirädrigen Zweisitzer kann man schon für 850 M. haben. Andere zwei- bis viersitzige, geschlossene, dreirädrige Wagen bewegen sich zwischen 1090 bis 1590 M. Den billigsten vierrädrigen Kleinwagen bringt Opel mit einem offenen Zweisitzer für 1890 M., der aber nicht mehr steuerfrei ist. Als geschlossener Viersitzer kostet der Wagen 1990 M. Und so geht es dann weiter bis zu 44 000 M., dem teuersten Wagen der Ausstellung. Selbst bei den billigeren Wagen findet man fast allgemein Anlehnung an die Stromlinienform. Daß man besonders bei den Kleinwagen, vereinzelt auch bei Wagen in mittlerer Preislage, an Stelle der Lackierung Kunstlederbezüge wählte, dürfte mehr aus Preisgründen als aus praktischen Erfahrungen zu erklären sein. Zumindest braucht es uns beruflich nicht zu beunruhigen, da die auch bei billigen Wagen gezeigten Glanzleistungen der Lackiertechnik dem Käufer immer noch mehr zusagen werden als ein schwer sauberzuhaltender Kunstlederüberzug.

Als Ganzes gesehen ist die Autoschau in allen drei Abteilungen — Personenwagen, Motorräder und Lastkraft-

wagen — das Zeichen eines starken Optimismus. Man hat nicht unrecht mit dem Hinweis, daß der Autoindustrie noch weite Gebiete des heimischen Marktes erschlossen werden können. Das setzt aber eine wesentliche Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung voraus. Die Autoindustrie wird erst dann gesunden können, wenn auch die werktätige Bevölkerung nicht nur Hersteller, sondern auch Verbraucher des Autos ist.

Wie wird der Betriebsobmann gewählt?

Für welche Betriebe kommt ein Betriebsobmann in Frage?

Die Wahl eines Betriebsobmanns ist in den Betrieben vorzunehmen, die weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Die Wahl ist aber nur dann möglich, wenn unter den 19 Arbeitnehmern mindestens fünf Wahlberechtigte, von denen drei wählbar zu sein haben, vorhanden sind.

Wann ist ein Arbeitnehmer wahlberechtigt?

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Betriebe beschäftigt und nicht mit Ehrverlust bestraft sind. Sind also in einem Betriebe unter 20 Arbeitnehmern hiervon fünf über 18 Jahre usw., dann kann ein Betriebsobmann gewählt werden, wobei allerdings das folgende noch zu beachten ist:

Wann ist der Arbeitnehmer wählbar?

- mindestens 24 Jahre alt,
- deutscher Reichsangehöriger,
- mindestens sechs Monate im Betriebe beschäftigt ist,
- dem Berufe oder Gewerbe mindestens drei Jahre angehört.

Ein Betriebsobmann kann demnach nur gewählt werden, wenn neben der oben genannten Voraussetzung auch mindestens drei wählbare Arbeitnehmer vorhanden sind. Zu bemerken ist noch: Sind im Betriebe nicht genügend Arbeitnehmer vorhanden, so kann allgemein von dem Erfordernis der sechsmonatigen Betriebszugehörigkeit, nötigenfalls auch von dem der dreijährigen Gewerbe- oder Berufszugehörigkeit abgesehen werden.

Wer führt die Wahl des Obmannes durch?

Der Obmann wird unter der Leitung des ältesten, das heißt an Dienstjahren ältesten Arbeitnehmers des Betriebes, den der Arbeitgeber zu bestellen hat, die Belegschaft muß dies, wenn notwendig, verlangen, als Wahlleiter gewählt.

Besteht bereits ein Betriebsobmann, so hat dieser spätestens eine Woche vor Ablauf seiner Wahlzeit einen wahlberechtigten Wahlleiter zu ernennen. In der Bestellung des Wahlleiters hat der Obmann freie Hand.

Die Wahl erfolgt so: Der Wahlleiter besorgt sich eine Wählerliste, in der der Name und die Adresse des Wahlberechtigten eingetragen sind, beraumt eine Betriebsversammlung an und läßt in dieser Vorschläge für einen Betriebsobmann machen. Von den vorgeschlagenen wird nun mittels Stimmzettels in geheimer Wahl (der Stimmzettel ist in einen Umschlag zu tun) der Obmann und der Stellvertreter gewählt. Derjenige ist Obmann, der die meisten Stimmen erhält, der die zweitmeisten erhält ist Stellvertreter. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Lz. P.

Entgegengesetzte Interessen

Die Unternehmer sind sich zwar einig im Abwehrwillen gegen den Aufstieg der Arbeiterschaft, darüber hinaus aber bestehen unendlich viele, teils scharfe Gegensätze unter ihnen. Jede Unternehmergruppe sieht mit Neid auf eine andere, wenn diese es verstanden hat, ihre Interessen weitestgehend wahrzunehmen. Sehr gut konnte schon immer die Landwirtschaft, vor allem der Großgrundbesitz, nach staatlicher Hilfe schreien, und da die autoritären Regierungen unter Papen und Schleicher gute Verbindungen zur Landwirtschaft hatten und sich verpflichtet fühlten, ihr vor allen andern Volkskreisen zu helfen, weil, wie sie behaupten, in der Landwirtschaft die Wurzeln unserer völkischen Kraft stecken, konnte sie manche Erfolge buchen. Sie wird es auch weiterhin, denn der jetzige Reichskanzler, Hitler, gebrauchte in seiner Berliner Sportpalastrede ähnliche Redewendungen wie seine Vorgänger. So wird bekannt, daß der Landwirtschaft ein

weitgehender Vollstreckungsschutz

bis Oktober d. J. zugebilligt ist, sie also bis dahin nur unter bestimmten, festgelegten Voraussetzungen Schulden bezahlen muß.

Es zeigt sich also schon, daß der Einspruch des Handwerks zum Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft nichts fruchtete. Der Hinweis im Telegramm des Reichsverbandes des deutschen Handwerks an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler, daß er mit großer Sorge von dem Vorhaben der Reichsregierung, den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft auszudeh-

Die Notbremse

Grotesk-Illustration von Wienberg

Müller und Mayer steigen in das Abteil des D-Zuges. Müller und Mayer sind gute Freunde. Sie verstehen sich wie kaum zwei Menschen. Nur in der Politik kommen sie mitunter in Meinungsverschiedenheiten, wie auch eben jetzt.

„Das Programm von dieser Partei ist richtig“, erklärt Müller.

„Und ich sage, es ist falsch“, darauf Mayer.

„Du bist zu dumm, daß du das verstehst!“

„Wer ist dumm?“

„Du!“

„Sag's noch einmal.“

„Ja, saudunum bist du.“

Und schon springen die beiden guten Freunde aufeinander los und verdröhnen sich gegenseitig.

Der Zug ist bereits abgefahren, und der einzelne Herr, der der einzige Mitfahrer der beiden ist, kennt seine Zeitgenossen. Er fürchtet, daß auch er drankommen könnte. Und da er auch sonst noch sieht, daß der eine der beiden unterliegt, hält er es für seine Menschenpflicht, hier helfend durch irgend eine Handlung einzugreifen. Und

es fällt ihm nichts anderes ein, als die — Notbremse.

Dies sieht der Müller, und inmitten der Rauferei meint er: „Du, Mayer, der da hat die Notbremse gezogen, versteinert du, das kann dumm für uns ausgehen. Meinst du nicht, wir vertragen



uns wieder, wir schließen ein Kompromiß — und wenn jemand kommt und fragt, wir wissen von nichts!“

„Ja, recht hast, Müller, das ist das beste. Ein Kompromiß!“

Der Zug hat inzwischen gehalten. Der Zugführer erscheint. „Kommen Sie sofort, Herr Zugführer, die beiden da morden sich!“, ruft der einzelne Herr aus.

„Glauben Sie doch das alles nicht“, rufen Müller und Mayer gleichzeitig aus, „der da hat die Notbremse freiwillig gezogen, und jetzt will er sich vor der Verantwortung drücken.“

„Nein! Nein! Herr Zugführer, die beiden haben — —“

Der Zugführer winkt ab. „Haben Sie noch einen Zeugen?“

„Nein, ich war ja ganz allein bei den beiden.“

Der Zugführer erklärt: „Zwei Beweise gegen einen, zwei ist mehr als eins, also Sie haben die Gebühr für die mutwillige Benutzung der Notbremse zu entrichten oder ich muß — —“

Der arme Menschenfreund sieht, daß ihm nichts mehr hilft, er ergibt sich in sein Schicksal und zahlt 30 Reichsmark.

Der Zugführer entfernt sich wieder, der Zug rollt weiter, und Müller und Mayer grinsen höhnisch das Opfer ihres Kompromisses an.

An der nächsten Station steigt der „geprellte“ Menschenfreund aus. Aber zuvor übergibt er Müller eine Brieftasche mit den Worten: „Hier, mein sehr verehrter Herr, das ist Ihre Brieftasche,

die Sie vorhin bei Ihrer Rauferei verloren haben. Es fehlt nichts, nur die 30 Mark Gebühr für die Notbremse habe ich daraus entnommen. Leben Sie wohl!“

Und verschwunden war er.

Paul E. Riedel.

HUMOR

„Gestern bin ich von einer 10 Meter hohen Leiter gefallen!“

„Und da ist nichts passiert?“

„Nein, ich stand auf der ersten Sprossel!“

*

Lehrer: „Wer von euch kann mir ein Streichinstrument nennen?“

Der kleine Willi: „Der Pinsel, Herr Lehrer.“

Das ist hier die Frage!

Das Institut für Konjunkturforschung hat dankenswerterweise herausbekommen, daß die Krise endgültig überwunden ist, daß wir aber noch mit einer sehr langen Depression rechnen müssen. Nachdenklich sagte dazu der arbeitslose Metalldreher Kleemann: „Arbeit ha'ck keene. Is det nu noch wejen de Krise oda schonst wejen de Depression? Det mecht ick zu jeme wissen!“

nen, Kenntnis genommen habe, weil das Handwerk im Deutschen Osten schon bisher durch den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft sehr geschädigt wurde, hat also nichts genützt. Was kümmert sich die Reichsregierung um den Einspruch und Nachschrei des Handwerks, ihre Sorge gilt vor allem den Großagrariern und der Schwerindustrie.

Das Handwerk selbst ist aber daran nicht schuldlos. Haben nicht auch viele Handwerksmeister eingestimmt, wenn es hieß: Fort mit dem demokratischen System! Vielleicht dämmert es nun langsam auch manchen Handwerksmeistern, daß eine autoritäre Regierung mitamt den Naziministern weder die technisch-ökonomische Entwicklung noch die geistige Umstellung der Menschen aufhalten kann.

Die Gefahr der Stunde Verantwortung vor der Zukunft

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, beschloß sich am 14. Februar in einem Vortrag, den er in der Hochschule für Politik in Berlin über die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hielt, auch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er führte dabei u. a. aus:

„Es liegt die Gefahr sehr nahe, daß die begonnene Eingliederung der Arbeiter in den Staat wieder völlig zerstört wird. Die jüngsten offiziellen Reden im Rundfunk und im Sportpalast lassen kaum noch Zweifel daran, daß die Kräfte, denen heute die Macht im Staate ausgeliefert ist, diese Absicht verfolgen. Diese Reden können nicht anders als eine Kampfansage an die organisierte Arbeiterschaft aufgefaßt werden.“

Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft, zu sagen, daß dieser angedrohte Kampf, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allerschwersten Schaden vom deutschen Volk wird ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Tod und Leben werden, dessen fürchterliche Folgen die jetzige Machthaber im voraus abschrecken müßten.“

Abschluß der Arbeiterbank

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterbreitet der Öffentlichkeit ihren Abschluß vom letzten Geschäftsjahr. Angesichts der Krise ist dieser durchaus günstig. So betrug der Gesamtumsatz des Instituts im Jahre 1932 3,149 Milliarden Mark gegen 3,068 Milliarden im Vorjahr. Schon die Umsatzziffer beweist, daß die Bank der Gewerkschaften sich im verflossenen Jahre vorzüglich gehalten hat. Dies bestätigt auch der Einlagenbestand, der 135,5 Millionen gegen 135,1 Millionen im Vorjahr betrug.

Die Liquidität des Instituts kann als sehr erfreulich bezeichnet werden. Die Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken halten sich etwa auf der gleichen Höhe des Vorjahres. Das Wechselportefeuille weist ebenfalls nur eine geringfügige Änderung auf. Dieses enthält fast nur Papiere, die unmittelbar bei der Reichsbank rediskontierbar sind, also jederzeit flüssig gemacht werden können. Der Posten Nostroguthaben bei Banken zeigt eine Vermehrung von 15,5 Millionen. Die Bankguthaben verteilen sich auf insgesamt 201 Banken. Von der Gesamtsumme entfallen 86 v. H. auf die Banken des Reichs, der Länder sowie sonstige öffentlich-rechtliche und gemischt-wirtschaftliche Bankinstitute und etwa 14 v. H. auf Großbanken und erste Privatbanken. Die Bewertung der eigenen Wertpapiere erfolgte durchaus vorsichtig. Die Beteiligung an der Hannoverschen Bodenkreditbank hat sich günstig ausgewirkt.

Die Kredite der Arbeiterbank dienen im wesentlichen der Arbeitsbeschaffung, jedoch haben diese gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung erfahren. Unter den Kreditnehmern sind die öffentlich-rechtlichen Institute

mit rund 41 v. H. vertreten. An die Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft wurden etwa 52 v. H. der Kredite gegeben. Darunter an die Bauherren-Organisation 21 v. H. und an sonstige der Güterproduktion oder -verteilung dienende Organisationen 31 v. H. Die immer obwaltende Vorsicht der Arbeiterbank hat es auch diesmal geboten erscheinen lassen, von dem Gesamtgewinn einen erheblichen Teil zur Stärkung der inneren Rücklagen zu verwenden. Die Bilanz zeigt einschließlich des Vortrages einen Reingewinn von 1 Million Mark. Der Vorstand schlägt der Generalversammlung vor, diesen Gewinn folgendermaßen zu verteilen: 600 000 M. zur Ausschüttung einer Dividende von 5 v. H. auf das Aktienkapital von 12 Mill. Der Spezialreservofonds soll 200 000 M. erhalten und rund 200 000 M. sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Arbeiterbank beschäftigt 249 Angestellte. Die Außenorganisation des Instituts hat sich zufriedenstellend entwickelt.

Von den Gegnern der Arbeiterbewegung ist die überaus günstige Entwicklung der Arbeiterbank in früheren Jahren mit scheelen Augen verfolgt worden. Es wird jetzt noch mehr geschehen.

Ein Lehrmeister gibt der Wahrheit die Ehre

Weil es einem augenblicklichen Interesse dient

Unsere Filiale Mainz hatte gegen einen Lehrmeister zuerst vor dem Lehrlingsstreitausschuß der Innung und dann vor dem Arbeitsgericht eine Klage zu führen, weil dieser nicht die im Lehrvertrag vereinbarten Sätze, sondern nur Teilbeträge zahlte, so daß er ein ansehnliches Sümmchen schuldig blieb. Er wollte die vertraglichen Sätze eigenmächtig kürzen. Vom Arbeitsgericht wurde er zur Zahlung von 100 M. verurteilt.

Das ist heutzutage leider ein alltäglicher Vorgang. Nicht alltäglich jedoch ist, daß der Arbeitgeber an eine Behörde ein Schreiben richtet, worin er sein Handeln als gerechtfertigt zu entschuldigen sucht und darin u. a. folgende interessante Sätze schreibt (orthographische Fehler haben wir berichtigt):

„... Es kann doch dem Handwerksmeister nicht zugemutet werden, die Folgen einer solchen schweren, sich auf Jahre erstreckenden wirtschaftlichen Krise gänzlich und dauernd allein zu tragen (also soll der finanziell wahrscheinlich stärkere Lehrling mittragen — gewissermaßen Betriebs-teilhaber werden! D. Verf.), der Lehrvertrag ist nicht ein Erziehungs- und Ausbildungs-, sondern daneben auch ein Arbeitsvertrag (hier fehlt hinter dem „nicht“ offen-

sichtlich das gemeinte „nur“ D. Verf.). Der Lehrling ist mithin einem Gehilfen gleichgestellt (1?) und muß sich dieses gefallen lassen, gerade so wie wir durch die Notverordnungen (?), das läuft nicht dem Wesen des Lehrvertrages zuwider, denn die Lehrlingsvergütung erhält der Lehrling nur als reines Arbeitsentgelt...“

Die Erkenntnis der wahren Natur des Lehrvertrages wächst unter den Handwerksmeistern; das schließen wir auch aus andern uns bekannten Symptomen. Die schönen Redensarten von früher werden beiseitegeworfen, und man geht dabei manchmal schon einen kleinen Schritt zu weit — weil's gerade paßt. Die Konsequenzen aber sieht man nicht. Daß sie sich durchsetzen (tarifliche Regelung der Lehrlingsfragen u. a.), dafür zu sorgen wird unsere Aufgabe sein. Schreiben, wie das obige, können uns dabei sehr nützen.

4 Wochen in der Bundesschule

Trotz der wirtschaftlichen Misere, unter der auch unsere Berufsorganisation schwer leidet, war es uns durch einen Beschluß unseres Hauptvorstandes doch möglich, einen vierwöchigen Funktionärkursus, und zwar vom 8. Januar bis 4. Februar 1933, in der ersten Bundesschule des ADGB, in Bernau bei Berlin zu besuchen. 40 Kollegen, Funktionäre unserer Organisation aus dem ganzen Reich, aus Nord- und Süd-, aus Ost- und Westdeutschland waren berufen, an diesem Kursus teilzunehmen. Bei der Auswahl hatte der Hauptvorstand sein Augenmerk besonders darauf gerichtet, Kollegen nicht unter 20 und über 38 Jahren zu entsenden, um nicht durch zu große Altersunterschiede die Arbeitsgemeinschaft, zu der wir uns zusammengefunden hatten, zu gefährden. Es wurde so mit einem Altersdurchschnitt der Teilnehmer von 29½ Jahren eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, deren Mitglieder eine gute Aufnahmefähigkeit aufwiesen, was sich im Laufe der Wochen angenehm bemerkbar machte.

Der Unterricht wurde zur Hauptsache in drei Lehrfächern erteilt, Gebiete, die für den Funktionär von großer Bedeutung sind. Es waren dies: 1. Sozialpolitik, Lehrer Dr. Selbach; 2. Wirtschaftspolitik, Lehrer Dr. Grosse; 3. Kollektives Arbeitsrecht, Lehrer Dr. Gusko.

Der Unterricht gestaltete sich sehr lehrreich und interessant, forderte volle geistige Konzentration und schaffte in uns eine Grundlage, wie sie ein Funktionär unserer Organisation unbedingt besitzen muß, um sein Wissen und seine Tätigkeit zum Wohle der gesamten Kollegenschaft im Rahmen unserer freien Gewerkschaften ausbreiten zu können.

Die Kollegen Batz, Mehrens und Bartsch vom Hauptvorstand unserer Organisation ermöglichten uns, durch ihre klar und jedem von uns zugänglich gehaltenen Referate, einen tieferen Einblick in unsere Berufsorganisation, während uns die Kollegen Willi Eggert, Schlimme und Sachs vom Bundesvorstand des ADGB über Themen wie: „Handwerkerrecht und Handwerksverfassung“, „Organisation der Werbetätigkeit in den Gewerkschaften“ und „Die Gewerbeaufsicht“, aus denen wir sehr viel gelernt haben, vortragen. Der Sekretär des ADGB, Dr. Br. Broecker, unterrichtete uns über „Versorgung der Arbeitslosen“ und Min.-Rat Krüger über „Agrarkrise und Siedlungsfragen“.

Man kann aus diesen Themen schließen, wie lehrreich und interessant sich der Unterricht für uns gestaltete, welche Aufmerksamkeit aber auch erforderlich war, um folgen zu können.

Am Mittwochnachmittag, dem 25. Januar 1933, besichtigten wir die Stadt Berlin, den sozialen Malereibetrieb Berlins, die Malerhütte usw. Unter Führung des Parteigenossen Biedermann,

M. d. R., Hamburg, dem an dieser Stelle nochmals gedankt sei, auch das Reichstagsgebäude. Die Besichtigung schloß mit einem gemeinsamen Abendessen im Berliner Gewerkschaftshaus und einem anschließenden Theaterbesuch der Volksbühne am Bülowplatz, in der das Schauspiel „Schinderhannes“ von Carl Zuckmayer zur Aufführung gelangte, ab. Für uns alle war dieser Tag ein Erlebnis. Am Freitag, dem 3. Februar, verabschiedeten wir uns zum letztenmal bei der Abschiedsfester in der Aula der uns so lieb gewordenen Bundesschule. Dr. Selbach verwies in seiner Abschiedsansprache nochmals auf den Ernst der Stunde, auf die große Arbeit, die uns im weiten Lande an unserer Wirkungsstelle bevorstehe, wenn wir wieder in das Grau des Alltags zurückgekehrt seien. Es sei unsere Aufgabe, die Arbeiterschaft zur Einheit, zur Einreihung in die Gewerkschaften zu überzeugen. Die geistige Grundlage, die die Schule uns in den vier Wochen gab, werde uns dabei gute Dienste tun. Die Feier schloß mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Nun folgte der fröhliche Teil der Abschiedsfester, und es erklang noch manch lustiges Lied und manch sprühender Witz im Laufe des Abends, bis dann die elfte Stunde zur Ruhe mahnte.

Als wir dann am Sonnabend, dem 4. Februar, die Heimreise antraten, war auf allen Gesichtern der feste Wille zur Tat zu lesen, sich an die Arbeit zu stürzen, um die Arbeiterschaft besseren Zeiten und unsere Organisation einer weiteren Aufwärts- und Vorwärtswicklung entgegenzuführen.

Ernst Nerath, Hbg.

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Brandenburg. Vorbildliche Verbandesarbeit. Es kommt immer wieder vor, daß die Hauskassierer Mitgliedsbücher von Kollegen beim Filialkassierer abgeben, die teils jahrelang unserm Verbande angehört. Um weiteren Austritten entgegenzuwirken und unsere jetzige Mitgliederzahl zu halten, haben wir uns zu einer umfassenden Hausagitation entschlossen. Und so sind wir schon seit Wochen zu zweit unterwegs und suchen unsere Kollegen auf; besonders jene, die selten oder nie in eine Versammlung kommen. Wir haben dabei schon mancherlei Erfahrungen sammeln können. Es ist zum Beispiel nicht immer nur die Notlage, die Schuld an der Säumigkeit oder am Abtrünnigwerden der Kollegen trägt, eine noch größere Rolle spielen dabei familiäre Verhältnisse. In vielen Fällen mußten wir uns bei der Hausagitation in erster Linie mit der Frau unseres Kollegen auseinandersetzen. Die Kollegen versuchten dann oftmals, die manchmal recht unüberlegten Worte ihrer Frau abzuschwächen. Wir hatten aber vielfach das Gefühl, daß sie den Mut dazu nur in unserm Beisein aufbrachten. Interessant war auch unsere Feststellung, daß sich einige unserer Kollegen von den Phrasen der Nazi einfangen ließen. So trat uns ein junger Kollege, der seit 1926 unserm Verbande angehörte, mit einem Hakenkreuz geschmückt, entgegen. Er erklärte uns, daß er dem Einfluß von Verwandten erlegen sei, die schon seit Jahren der NSDAP angehören. Auch hier nahm die Frau das Wort, sprach von den Riesengehältern der Bonzen (wir wurden wohl auch als solche angesehen), der sozialistischen Mißwirtschaft in der Nachkriegszeit usw., was man von den Nazi zu hören gewohnt ist. Als die Frau endlich aufhörte zu reden, war es uns nicht schwer, die Angriffe auf Partei und Gewerkschaften abzuwehren und die Lügen der Nazi als solche zu entlarven. Unser Erfolg bestand darin, daß der betreffende Kollege nach 1½stündiger Unterhaltung sein Hakenkreuz in den Aschkasten warf und seitdem wieder Verbandsbeiträge entrichtet. Die Arbeit, die wir für unsere Organisation leisten, ist zwar schwer und

Herr Reichskanzler Adolf Hitler schlägt als Minister Arbeiter der Stirn und Faust vor:

5 Adlige!

2 Freiherren:

Freiherr von Neurath
Freiherr von Eitz-Rübenaci.

1 Graf:

Graf Schwerin von Krosigk

2 „gewöhnliche“ Adlige:

Franz von Papen
Generalleutnant von Blomberg

2 Unternehmer!

Fabrikbesitzer Franz Seldte
Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg

Merkwürdige, sehr merkwürdige
Arbeitervertreter!

Deine Antwort: Ich wähle

SOZIAL-
DEMOKRATEN Liste 2

zeitraubend, aber, von ganz wenigen Mißerfolgen abgesehen, lohnend. Im Erfolg finden wir unsere Genugtuung.
G. Zeltz.

Nordhausen. Vom Ortstarifamt Nordhausen wurde der Malermeister Walter Henneberg in Salza verurteilt, 320 \mathcal{M} für zu wenig gezahlte Tarifföhne an die Kasse des Ortstarifamtes zu zahlen. Dieser Beschluß wurde am 20. November 1931 vom Arbeitsgericht Nordhausen für vollstreckbar erklärt. Als Kläger trat der Verbandsvorstand auf. Durch Versprechungen des Herrn Henneberg, am 1. April und dann im Sommer 1932 zu zahlen, wurde die Angelegenheit hinausgezögert. Im November 1932 übergaben wir dann dem zuständigen Gerichtsvollzieher das Urteil zum Zwecke der Zwangsvollstreckung. Wir bekamen aber das Urteil mit dem Bemerkten zurück, daß H. den Offenbarungseid geleistet habe.

Nun hatte H. aber einen Neubau in Arbeit, der mit 400 \mathcal{M} veranschlagt war. Wir wurden deshalb nochmals beim Gerichtsvollzieher vorstellig, der uns erklärte, wir müßten beim Amtsgericht einen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß beantragen. Nach dem üblichen: Wie heißen Sie, was wollen Sie, sind Sie berechtigt?, erklärte der Richter: Sie müssen von Ihrem Verband eine schriftliche Vollmacht vorlegen und den Nachweis erbringen, daß Ihr Verband die Rechtsfähigkeit besitzt. Dadurch, daß die Vermögensverwaltung des Verbandes in das Handelsregister in Hamburg eingetragen ist, war der Nachweis möglich. Nun kam aber das dicke Ende. Im Urteil heißt es: Kläger ist der Verband der Maler usw. in Hamburg, Alster-Terrasse 10. Von Vermögensverwaltung stand nichts darin. Daran nahm der Richter Anstoß. Erst nachdem wir erklärten, daß das ein Versehen des Ortstarifamtes wäre, das bei Laienrichtern vorkommen könne, beruhigte er sich.

Am 1. Dezember ging dann endlich der beantragte Beschluß heraus. Herr H. hätte nun nichts Eiligeres zu tun, als seinen Bau stehen zu lassen, und als Arbeitnehmer in eine Möbelhandlung zu gehen. Die Arbeit wurde einem andern Meister übertragen. Der Bauherr gab vor Gericht an, daß er H. keinen Pfennig für die bisher geleistete Arbeit gibt, da er durch dessen Arbeitsniederlegung Schaden erlitten habe. Die Leidtragenden sind wie so oft in solchen Fällen, unsere Kollegen. Wir werden aber Herrn H. nicht aus der Zange lassen.

BAUGEWERBLICHES

Die Reichsbank will bauen

Der schon vor Jahren geplante Großneubau der Reichsbank in Berlin soll jetzt entgeltlich beschlossen worden sein. Die Reichsbank, die in der Berliner City 35 Grundstücke besitzt, hat die Mieter zum 1. April gekündigt. Man hofft, die Abrissarbeiten der Gebäude bis zum Herbst fertig zu haben. Es soll dann sofort mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes der Reichsbank begonnen werden. Die Baukosten werden auf mindestens 20 Millionen Mark veranschlagt. Diese Summe steht durch den Reichsbank-Neubaufonds in Höhe von 27 Millionen Mark zur Verfügung.

Kommt dieses Projekt zur Durchführung, wird dadurch die Bauwirtschaft in Berlin günstig beeinflusst werden. Es dürfte auch für das Malergewerbe manche Arbeit abfallen, allerdings bestimmt noch nicht in diesem Jahre.

Wie sieht es in der Bauwirtschaft aus?

Einige Angaben darüber sind im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung Nr. 46 vom 15. Februar 1933 gemacht. Danach hatte die Beschäftigung im Hochbau im Dezember den Vorjahresstand zum erstenmal wieder annähernd erreicht. Im Laufe des Januar wurde sie aber durch den Kälteeinbruch wieder etwas unter Vorjahreshöhe herabgedrückt. In den letzten Monaten werden — nach der Zahl der

Wohnungen gerechnet — erheblich mehr Wohnungsbauten begonnen als in der gleichen Vorjahrszeit. Der Zugang fertiggestellter Wohnungen war dagegen um rund ein Drittel geringer als im Vorjahr. Die Umbautätigkeit hat unter dem Einfluß der Reichszuschüsse während des letzten Vierteljahres 1932 einen ungewöhnlichen Umfang erreicht: 1932 entfiel rund ein Viertel des gesamten Wohnungszuganges in den Groß- und Mittelstädten (53 405 Wohnungen) auf Umbauwohnungen (1931 nur rund 5 v. H.). — Die gewerbliche Bautätigkeit bewegt sich nach wie vor auf niedrigem Stand.

Die Baukosten gehen noch weiter zurück. Im Januar 1933 war die amtliche Indexziffer der Baukosten (1913 = 100) mit 116,8 um 9,3 v. H. niedriger als im Vorjahr.

Im Jahr 1933 dürfte sich die Bauleistung des Hochbaus nach Art und Umfang von der im Jahr 1932 wohl kaum unterscheiden. Demgegenüber dürfte der Tiefbau durch die Bereitstellung von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung der Bauwirtschaft im ganzen eine wichtige Stütze verleihen. (Bisher sind insgesamt etwa 1,2 Milliarden Reichsmark für diese Arbeitsbeschaffung vorgesehen, die zum großen Teil der Bauwirtschaft zufließen sollen.)

GENOSSEN-SCHAFTLICHES

Steigendes Vertrauen zur Volksfürsorge

Zahlen beweisen es

Mit 19 241 neuen Versicherungsanträgen hat unser gewerkschaftlich-genossenschaftliches Versicherungsunternehmen im Monat Januar wieder ein sehr beachtliches Resultat erzielt. An der seit Monaten steigenden Antragskurve (September 10 098, Oktober 13 290, November 15 672, Dezember 18 255) ist klar ersichtlich, daß trotz aller widrigen Umstände unserer Volksfürsorge starkes Vertrauen aus der werktätigen Bevölkerung entgegengebracht wird. — Die Wiederinkraftsetzung von Lebensversicherungen wurde im Januar in rund 7000 Fällen beantragt.

Große Erfolge der Genossenschaften in England

Während die Umsätze in der Krise auf der ganzen Linie stark zusammenschumpften, weist die Umsatzstatistik der Großeinkaufsgesellschaft der englischen Genossenschaften für das abgelaufene Jahr gegenüber 1931 keinen Rückgang auf. 1932 blieben die Verkaufsumsätze, die beinahe 19,3 Millionen Pfund erreichten, weniger als um 1 % hinter den Umsätzen 1931 zurück. Die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft ist sogar um mehr als 200 000 Pfund auf 5,7 Millionen Pfund angestiegen. Das Ansteigen der Eigenproduktion entfiel auf die 10 Mühlen, deren Produktion sich um fast 20 % erhöhte. Die Konsumverkäufe stiegen insbesondere bei dem Tabakverkauf stark an, der Verschleiß von Textil- und Möbelwaren litt dagegen unter der Depression. Die Genossenschaften rechnen für das laufende Jahr mit der Steigerung der Umsätze und sind jetzt im Begriff, neue Produktionsanlagen zur Herstellung von Konserven und Bekleidungsartikeln zu errichten.

BUNTE NACHRICHTEN

Mitte 1933 eine Volkszählung?

Leider muß die Überschrift noch mit einem Fragezeichen versehen werden, denn es wird noch beratschlagt, ob die auch in unserm Interesse liegende Zählung erfolgen soll. Die Gewerkschaften sind besonders daran interessiert, die seit der letzten Volkszählung im Jahre 1925 eingetretenen Änderungen in bezug auf den Aufbau und die Struktur des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft kennen-

zulernen, die recht erheblich sein werden. Aus dem Resultat der statistischen Erhebungen können sie wichtige Schlüsse für ihre Verfolgung der Arbeiterinteressen ziehen.

Für volkstümlichen Rundfunk

Seit Monaten herrscht im Rundfunk eine Bürokratie, die bemüht ist, ihn einseitig den reaktionären Kräften dienstbar zu machen.

Gegen diese Bestrebungen richten sich die in der Freien Funkzentrale vereinigten Spitzenorganisationen der Arbeiterbevölkerung (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, AfA-Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Sozialistischer Kulturbund, Arbeiter-Radiobund), die Abwehrmaßnahmen trafen und zur Bildung einer „Front freier Hörer“ aufriefen.

Die von der freien Funkzentrale kürzlich in Berlin veranstaltete Kundgebung soll eine über das ganze Land gehende Bewegung gegen die Diktatur im Rundfunk eröffnen.

Die Reichsverdingungsordnung bleibt in Kraft

In einer Sitzung des Reichsverdingungsausschusses, der die Vertreter der öffentlichen und privaten Auftraggeber und die Vertreter der Ausführenden umfaßt, unter Vorsitz des Ministerialrats Reichle, wurde nach längeren eingehenden Erörterungen beschlossen, die Reichsverdingungsordnung (RVO.) für Bauleistungen in der vorliegenden Fassung erneut anzuerkennen und zu bestätigen.

350 km Geschwindigkeit im Luftverkehr

Der Flugverkehr steht bezüglich der Schnelligkeit vor einer neuen Entwicklungsepoche. Die Deutsche Luft-Hansa gab Schnellflugzeuge in Auftrag, die eine Höchstgeschwindigkeit von 350 km und eine mittlere von 290 km je Stunde haben. Durch Benutzung solcher Flugzeuge ist es möglich, alle europäischen Großstädte in wenigen Stunden zu erreichen.

POLITIK DER WOCHE

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags gesprengt

Schon einmal war eine Sitzung des Ueberwachungsausschusses durch das Verhalten der nationalsozialistischen Mitglieder gegen den Vorsitzenden des Ausschusses, dem Sozialdemokraten Löbe, aufgefliegen. Eine Sitzung, die am Dienstag, dem 14. Februar, abgehalten werden sollte, kam gar nicht erst zu sachlichen Beratungen. Die nationalsozialistischen Mitglieder, an ihrer Spitze Frank II, vereitelten vielmehr diese durch dauernde Störungen, teils auch durch Anwendung körperlicher Gewalt.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses weisen in einer öffentlichen Erklärung darauf hin, daß damit die Verfassung gebrochen wurde. Die Zentrumsmitglieder des Ausschusses und die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei wandten sich mit Schreiben beschwerdeführend an den Reichstagspräsidenten Göring. Auch die kommunistischen Vertreter wandten sich in einer Erklärung scharf gegen die zweimalige Sprengung des Ausschusses durch die Nationalsozialisten.

Rechtswidriges Verbot des „Vorwärts“ und 28 sozialdemokratischer Zeitungen

Die Behörden des kommissarischen Preußen haben eine schwere Niederlage erlitten. Das Reichsgericht hat das dreitägige Verbot des „Vorwärts“ vom 3. Februar aufgehoben. Das Verbot war begründet worden mit dem Wahlauftrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in dem der Berliner Polizeipräsident das Delikt des Hochverrats erblickte. Aus dem gleichen Anlaß und mit der gleichen Begründung sind außer dem „Vorwärts“ noch 28 so-

zialdemokratische Zeitungen verboten worden. All diese Verbote sind nach der Entscheidung des Reichsgerichts ungerechtfertigt. Jetzt folgen die Schadensersatzklagen gegen den preußischen Fiskus.

Rechtlich ist der Beschluß des Reichsgerichts aber auch insofern bedeutsam, als dadurch ein neues Verbot des „Vorwärts“ nicht als zweites Verbot zu werten ist. Nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 kann eine Zeitung bis zu sechs Monaten verboten werden, wenn zwei Verbote innerhalb von drei Monaten vorausgegangen sind. Die Aufhebung des ersten Verbots hat daher für den „Vorwärts“ und für alle übrigen sozialdemokratischen Zeitungen, die seinerzeit aus dem gleichen Grunde verboten wurden, rechtlich erfreuliche Folgen.

BÜCHER · SCHRIFTEN

Der Osthilfeskandal, von Kurt Heintz, Dietz-Verlag, erhältlich in jeder Volksbuchhandlung. Preis 10 \mathcal{M} .

Der wunde Punkt der nationalen Regierung ist die Osthilfe. Die Enthüllungen Kurt Heintzs haben die größte Aufregung bewirkt und den Haß der Ostelbier vermehrt. Die schöne „nationale“ Einheitsfront könnte ja schließlich auch darunter leiden, wenn etwa die proletarischen und halbproletarischen Anhänger Hillers, die gläubig auf den „deutschen Sozialismus“ warten, jetzt merken, wie hier mit öffentlichen Mitteln eine kleine Schicht adliger Nichtsteuer zu erhöhtem Aufwand für Luxusverbrauch Instandgesetzt wird, während gleichzeitig die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen und Sozialrenten weiter gekürzt werden.

„Freundschaft, das sozialistische Elternblatt.“ Monatszeitschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, 8 Seiten mit Illustrationen, Preis 5 Pf. pro Nummer. Bestellungen nehmen die Volksbuchhandlungen, die Ortsgruppenleiter der Kinderfreunde oder die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, an.

Einen neuen Mitkämpfer der sozialistischen Erziehungsbewegung und zugleich Ratgeber für die Erziehungsarbeit der Eltern hat sich die Kinderfreundebewegung mit diesem Blatt geschaffen. Die vorliegende erste Nummer ist so wohl inhaltlich wie technisch gut gelungen.

Der „Volksfunk“ kann bei jeder Buchhandlung oder Postanstalt bestellt werden; einschließlich Geräteversicherung beträgt der Bezugspreis dieser einzigen entschieden republikanischen Funkzeitschrift nur 90 \mathcal{M} im Monat, zuzüglich 6 \mathcal{M} für die Zustellung frei Haus. Probehefte sendet der Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, auf Wunsch kostenlos.

Vom 19. Februar bis 25. Februar ist die 8. Beitragswoche.

Vom 26. Februar bis 4. März ist die 9. Beitragswoche.

STERBETAFEL

Dortmund. Infolge Altersschwäche starb am 12. Januar unser langjähriges Mitglied, der Kollege **August Limberg**, im Alter von 68 Jahren.

Düsseldorf. Am 29. Januar verstarb unser lieber Kollege **Wilhelm Braß** im Alter von 26 Jahren.

Greiz. Am 10. Februar verstarb unser treuer Kollege **Karl Brauner** im 64. Lebensjahre. Seit 1905 war er Verbandsmitglied.

Hagen. Am 7. Februar 1933 starb, 59 Jahre alt, unser Kollege **Friedrich Bartholomäus** an den Folgen einer Gallenblasenerkrankung.

Hamburg. (Zahlstefte Harburg.) Unser junger Kollege **Hans Heinrich** starb am 8. Februar im Alter von 22 Jahren.

Köln. Am 27. Jan. starb unser Kollege **Max Fagner** im Alter von 47 Jahren. Er war seit 1908 Mitglied des Verbandes.

Königsberg i. Pr. Nach längerer Krankheit verstarb am 5. Februar 1933 unser Kollege **Paul Hermann** im Alter von 57 Jahren.

Mannheim. Am 25. Januar verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der invalide **Richard Oesterle**, im Alter von über 70 Jahren an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!